

Rede zum Kreishaushalt 2020

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte meine Rede zum Haushalt 2020 unter die Überschrift stellen „zwischen Hoffen und Bangen“. Das ist sicher auch den vergangenen Tagen zu verdanken, in denen ich nicht nur die Zahlen des Kreishaushalts durchforstet habe, sondern auch dem gelegentlichen Blick über den Tellerrand hinaus, sprich in die Zeitung, ins Fernsehen oder ins Internet.

Und hier war, wie sollte es auch anders sein, die Klimakrise das beherrschende Thema, ob weltweit bei der Klimakonferenz in Madrid oder bei der Nachverhandlung zum Klimafeigenblatt der Bundesregierung. Immer schwebte man bei diesen Verhandlungen zwischen Hoffen und Bangen.

Aber beim Kreishaushalt? Sieht doch alles prima aus. Schon der Ausgangswert für unsere Planungen hat sich seit dem ersten Entwurf deutlich verbessert. Um über 11 Mio. € hat sich das Ergebnis 2019 nach derzeitigem Stand verbessert. Auch für 2020 haben sich die Zahlen vor allem Dank der deutlich erhöhten FAG Umlage des Landes um über 10 Mio. € verbessert. Und wir sind keineswegs von einem schlechten Niveau ausgegangen. Ein wirtschaftlicher Einbruch, eine Rezession gar, wie sie immer einmal prognostiziert wurde, bildet sich in den Zahlen des Kreises weder im Jahr 2019, noch im Jahr 2020 ab. Brexit, Trump und China zum Trotz kann man derzeit davon ausgehen, dass die wirtschaftlich erfolgreichen Jahre so weiter gehen.

Die Risiken, mit denen unser Haushalt belastet ist, sind demnach überschaubar, und beziehen sich vor allem auf Gelder, die wir von Bund und Land bekommen – oder auch nicht. So gibt es beim Bundesteilhabegesetz ein Risiko hinsichtlich der Mehraufwendungen, die auf uns zukommen. Auch beim Angehörigenentlastungsgesetz ist die Frage der Kostenverteilung noch nicht abschließend geklärt. Klar ist für uns, so sinnvoll und wichtig diese gesetzlichen Neuregelungen für die Betroffenen und die Gesellschaft sind, es gilt das Verursacherprinzip.

Ein drittes Risiko stellen die Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Kostenbeteiligung des Landes an der Anschlussunterbringung dar. Hier wird seit Monaten in der gemeinsamen Finanzkommission durchaus hart gerungen. Aber nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit der

Landesregierung gemacht haben, sind wir zuversichtlich, dass man auch dieses mal zu einer Vereinbarung kommen wird, die die Kreise nicht überfordert. Daher schätzen wir dieses Risiko als eher gering ein.

Kombiniert man das mit dem Wissen, dass der Kreis seit jeher finanziell eher vorsichtig plant, dann kann man davon ausgehen, dass wir wohl auch im Jahr 2020 zumindest keine schlechteren Zahlen erreichen werden, als geplant. Was also tun, mit der guten Ausgangsposition? Die strategischen Ziele besagen zum Thema Finanzen, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kreis und Kommunen erhalten bleiben sollen. Das ist wohl im Jahr 2020 kaum das Problem, auch nicht für die kreisangehörigen Kommunen. Im Gegenteil besteht hier erheblicher Spielraum, denn die oben beschriebenen Verbesserungen von zusammen über 20 Mio. € bedeuten 2 Punkte Kreisumlage.

Meine Fraktion ist traditionell eher zurückhaltend, wenn es um Senkungen der Kreisumlage geht. Das hat vor allem zwei Gründe. Die Kreisumlage bezieht sich auf die Grundlage der Steuerkraftsummen der Kommunen. Steigt die Steuerkraft, also die Einnahmen der Kommunen, dann steigt auch die Kreisumlage in absoluten Zahlen. D.h. Trotz höherer absoluter Umlage haben die Kommunen mehr Geld, bei gleichbleibenden Hebesatz versteht sich.

Der zweite Grund ist die Ausgleichsfunktion des Kreises, wie sie im Gesetz festgeschrieben ist. Und diese wird in unseren Augen immer wichtiger. Denn die Steuerkraft der Kommunen driftet immer weiter auseinander. Dabei ähnelt sie der Entwicklung in unserer Gesellschaft. Reiche Kommunen werden reicher, arme werden ärmer und können sich kaum daraus befreien, denn die Rahmenbedingungen sind so wie sie sind. Der Kreis könnte hier eine ausgleichende Funktion übernehmen, es gehört wie gesagt zu seinen Aufgaben. Das geht aber nur, wenn er nicht jeden finanziellen Spielraum qua Senkung der Umlage gleich wieder an die Kommunen zurück gibt. Denn das bedeutet nur, dass die ohnehin wohlhabenden mehr bekommen, als die ohnehin nicht so gut gestellten.

Nun haben wir es in diesem Jahr mit einem sehr großen Spielraum zu tun, und deshalb sind wir mit der vorgesehenen Senkung des Hebesatzes um einen Punkt auf nunmehr 26,75 einverstanden. Damit werden auf der einen Seite Kommunen entlastet, auf der anderen Seite bleibt auch für den Kreis genug übrig, um selbst weiter Schwerpunkte zu setzen.

Es gibt nun zwei Anträge, die zwei mögliche Schwerpunkte setzen. Einer betrifft die strategischen Ziele und kommt von der Fraktion der Linken. Er besagt, dass die Verschuldung in Kernhaushalt und Eigenbetrieb bis 2026 auf 60 Mio. begrenzt werden soll. Landrat Dallinger hat in den Vorberatungen mit gewissem Stolz und mit Recht darauf hingewiesen, dass uns in den vergangenen Jahren von dem einstigen Spitzenwert von 120 Mio. schon eine deutliche Reduzierung gelungen ist, und das trotz erheblicher Investitionen. Wir erkennen das an. Es war eine große gemeinsame Leistung von Verwaltung, Kreistag und guter Wirtschaftslage.

Da aber Verwaltung, Kreistag und Wirtschaftslage nach wie vor gut sind, sollten wir uns auch nach wie vor Ziele setzen. Auch wenn derzeit Kredite so günstig sind, wie selten zuvor, muss doch jeder geliehene € irgendwann zurück gezahlt werden. Daher können wir uns dem Ziel des Antrages der Linken anschließen. Im Schnitt würde das bis 2026 lediglich eine Senkung der Verschuldung um 2 Mio. € bedeuten, was nicht dramatisch wäre. Schon im Jahr 2020 würde der Verzicht auf die Kreditaufnahme beim Eigenbetrieb Bau und Vermögen 2,3 Mio. bringen, was angesichts der oben genannten Zahlen sicher ein leichtes wäre.

Damit blieben auch in diesem Jahr noch genug Mittel, um auch den zweiten Antrag noch umsetzen zu können. Denn die Reduzierung von Schulden alleine hilft uns nicht weiter, sondern sie erhöht lediglich die Spielräume für die Zukunft. Auf der anderen Seite müssen auch Investitionen in die Zukunft stehen, und in diesem Jahr können wir uns auch beides leisten.

Damit kehre ich zum Beginn meiner Ausführungen zurück, und zum Blick über den Tellerrand hinaus. Die Frage, wie wir mit der Klimakrise umgehen, wird nicht nur unser restliches Leben, sondern auch das unserer Kinder und Enkel bestimmen. Es ist mittlerweile deutlich erkennbar, dass das keine Zukunftsfrage mehr ist, sondern eine sehr aktuelle Frage der Gegenwart. Wir sind heute schon zu spät dran, Auswirkungen auf unseren Planeten und das Leben darauf verhindern zu können, es geht lediglich um eine Abmilderung der Folgen. Je länger wir damit warten entschieden zu reagieren, desto dramatischer werden die Reaktionen letztlich ausfallen müssen.

Das haben mittlerweile immer mehr Menschen erkannt, und im vergangenen Jahr sind so viele wie nie auf die Straße gegangen, um ihrem Unmut über die so träge agierende Politik Ausdruck zu verleihen. Es hat sich eine weltweite Bewegung entwickelt, die ein weltweites Problem anprangert. Das ist gut so, das macht Hoffnung.

Bangen macht allerdings, wie die Politik reagiert. Der gerade zu Ende gegangene Klimagipfel in Madrid steht exemplarisch dafür, wie Ignoranz und Einzelinteressen einem wirksamen Klimaschutz im Wege stehen. Menschen, die entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen den menschengemachten Klimawandel leugnen gibt es immer noch. Sie sind ein Klotz am Bein einer Menschheit, die sich dringend schnell bewegen sollte.

Fast genauso schlimm sind jene, die auf die Herausforderungen der Zukunft mit Lösungen aus der Vergangenheit antworten. Die zum Beispiel die CO₂-Problematik mit einer Renaissance der Atomkraft lösen wollen, als ob Brennstäbe auf Bäumen wachsen.

Madrid war ein Rückschlag für die Menschheit beim Kampf gegen den Klimawandel. Aber dann hatten wir ja auch noch Verhandlungen auf nationaler Ebene zwischen Regierung und Bundesrat. Die haben nun aus der Klimapostkarte der Bundesregierung auf der lediglich stand: „Sorry, wir habens nicht hin gekriegt.“, ein Klimapäckchen gemacht, das wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung ist. Zu klein, zu zögerlich und nicht immer mit den richtigen Anreizen, aber wenigstens etwas, das man unter den Weihnachtsbaum legen kann, ohne sich allzu sehr schämen zu müssen.

Auf nationaler Ebene also nur bedingt Hoffnung auf Besserung, da auch hier Ängstlichkeit und Einzelinteressen wirksamen Klimaschutz ausbremsen. Also muss es wohl dem alten Motto: „Global denken, lokal handeln“ die kommunale Ebene richten. Genau darauf zielt unser Antrag, den wir in diesem Jahr zum zweiten Mal gestellt haben. Der Kreis soll im Haushalt 2020 5 Millionen einstellen zur Förderung kommunaler Umweltschutzaktivitäten. Damit sollen Maßnahmen der kreisangehörigen Kommunen unterstützt werden, die zur Verringerung der CO₂-Emissionen führen. Genannt haben wir unter anderem die Bereiche Energie, Mobilität, klimafreundliche Beschaffung.

Der Kreis selbst ist mit seinem Klimaschutzkonzept seit Jahren dabei vieles umzusetzen. Es gibt regelmäßig Klimaschutzmittel in Höhe von 2,5 Mio. €, die auch schon einiges erreicht haben, auch wenn sie in der Vergangenheit nicht immer voll ausgeschöpft wurden. Allerdings beziehen sich die erfolgreichen Maßnahmen des Kreises nur auf den unmittelbaren Einflussbereich des Landratsamtes – etwa Liegenschaften von Kreis und seinen Gesellschaften, eigene Fahrzeuge etc.

In großen Bild macht das leider nicht wirklich einen Unterschied. Selbst wenn es Kreistag und Verwaltung gelingt unsere gesamten CO₂- Emissionen morgen auf Null zu reduzieren, hat das für den Rhein-Neckar Kreis kaum Auswirkungen, da unser Anteil lediglich 1% beträgt. Nun kann man sich schulterzuckend darauf zurückziehen, dass das nun mal so ist, und dass für den Rest eben andere zu sorgen haben. Oder man überlegt, was man über das eigene Gärtchen hinaus noch beackern kann. Genau darauf zielt unser Antrag, denn das Thema Klimaschutz ist zu wichtig, um die Hände in den Schoß zu legen, wenn man an einer Position sitzt, an der man etwas bewegen kann.

Der Kreis sitzt an einer solchen Position. Er hat die nötigen Mittel etwas zu tun und er hat die nötige Expertise. Darüber hinaus ist er bereits mit gutem Beispiel voran gegangen, und hat an vielen Stellen gezeigt, was machbar ist, wenn der Wille da ist. Er kann nun auch in Richtung klimaneutraler Kreis voran gehen und seine Kommunen mitnehmen. Dem steht nichts im Weg, außer der politische Wille dazu.

Unser Antrag wurde schon im vergangenen Jahr erstmals gestellt. Er ist damals gescheitert und auch in diesem Jahr stehen die Zeichen nicht gut. Dabei wollen ja alle mehr Klimaschutz, so zumindest heißt es. Was aber alle noch viel mehr wollten, war im letzten Jahr das Geld den Kommunen überlassen, denn immerhin sind 5 Mio. € ein halber Punkt Kreisumlage. Was die Kommunen damit machen, bleibt dann ihnen überlassen. Klimaschutz? Vielleicht, oder eben auch nicht. Sieht man sich die CO₂-Emissionen im Kreis so an, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass man es bisher zumindest nicht übertreibt mit den Maßnahmen. Da bliebe noch viel zu tun, das man mit gezielter Förderung seitens des Kreises anstoßen könnte.

Ich will an dieser Stelle noch einmal auf die Ausgleichsfunktion des Kreises zurück kommen. Unser Antrag beinhaltet auch, dass die Förderung der Kommunen so gestaltet sein soll, dass steuerschwache Kommunen vorrangig zu bedienen sind. Damit würde der Kreis ganz ausdrücklich seine Ausgleichsfunktion auf diesem Gebiet wahrnehmen. Heute sind finanzschwache Kommunen nur sehr bedingt in der Lage größere Ausgaben für den Klimaschutz zu stemmen, während wohlhabende Kommunen kein Problem damit haben. Das führt dazu, dass in manchen Kommunen selbst Maßnahmen mit hohem Einsparpotential nicht angegangen werden können, und andere viel Geld für Maßnahmen mit marginalem Effekt ausgeben. Das ließe sich durch ein Förderprogramm wie wir von uns vorgeschlagen wenigstens teilweise ausgleichen.

Im vergangenen Jahr kam auch der Einwand, dass die meisten Kommunen ihre Haushalte schon verabschiedet haben, und deshalb ein Programm des Kreises, das erst noch zu erstellen wäre gar nicht abrufen können. Die meisten Kolleginnen und Kollegen hier sind schon lange in der Kommunalpolitik und wissen, dass das mit der Realität nicht viel zu tun hat. Ein solches Förderprogramm könnte bis spätestens Sommer verabschiedet sein. Dass Bund und Land Programme unterjährig auflegen kommt immer wieder vor und jede gute Kommunalverwaltung ist in der Lage darauf zu reagieren. Selbst wenn es keine Pläne geben sollte die in den Haushalten verankert sind, gibt es immer die Möglichkeit von außerplanmäßigen Ausgaben oder im schlimmsten Fall eines Nachtragshaushaltes. Keine Verwaltung, die etwas auf sich hält, lässt Zuschüsse ungenutzt, wenn es welche gibt.

Wir appellieren daher noch einmal ganz eindringlich an Sie, unterstützen Sie die Klimaanstrengungen des Kreises, geben sie uns die Möglichkeit unsere eigenen guten Erfahrungen auf die Kommunen auszudehnen und sie in ihren eigenen Bemühungen zu unterstützen. Auch diejenigen, die finanziell nicht gut gestellt sind. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die gute Diskussion in den Ausschüssen, der Verwaltung für die Bereitstellung der Unterlagen und die kompetente und schnelle Beantwortung unserer Fragen.